

Das niederländische Gesetz über die Prüfung von Lebensbeendigung auf Verlangen und Beihilfe zur Selbsttötung

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Rechte
des Fachbereichs Rechtswissenschaft
der Universität Trier

vorgelegt von

Antonia Grundmann
aus Köln

2003

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Gerhard Robbers
2. Berichterstatter: Prof. Dr. Hans-Heiner Kühne

Tag der mündlichen Prüfung: 26.11.2003

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Antonia Grundmann

**Das niederländische Gesetz über die
Prüfung von Lebensbeendigung auf Verlangen
und Beihilfe zur Selbsttötung**

Shaker Verlag
Aachen 2004

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zugl.: Trier, Univ., Diss., 2003

Copyright Shaker Verlag 2004

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 3-8322-2338-X

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • eMail: info@shaker.de

Vorwort

Die Idee zu dieser Arbeit stammt aus einem Seminar, das mein Doktorvater im Sommersemester 1999 angeboten hat. Dort habe ich mich zum ersten Mal mit dem Thema Sterbehilfe beschäftigt.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Gerhard Robbers, für seine freundliche Unterstützung bei der Entstehung dieser Arbeit und für die rasche Erstellung des Gutachtens. Dank schulde ich auch Herrn Prof. Dr. Hans-Heiner Kühne für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ferner möchte ich Herrn Jan van Zijst vom Nederlands Artsenverbond für die zahlreichen Literaturhinweise danken. Mein Dank gilt schließlich meinen Eltern und meinem Freund Paul Terner für die stete moralische Unterstützung.

Schrifttum und Rechtsprechung sind bis Juli 2003 berücksichtigt.

Gewidmet ist diese Arbeit meiner Großmutter, Frau Dr. phil. Maria Grundmann (1908 – 2003).

Antonia Grundmann

Hamburg, im Dezember 2003

Übersicht

Übersicht	1
Inhaltsverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis	10
A. EINLEITUNG	15
B. GRUNDLEGENDES	17
I. Begriffe	17
II. Niederländisches Strafrecht	24
C. GESCHICHTE DER STERBEHILFE IN DEN NIEDERLANDEN	29
I. Entstehung der Art. 293 und 294 WvSr	29
II. Ansichten zur Sterbehilfe zwischen 1880 und 1910	32
III. Ansichten zur Sterbehilfe zwischen 1910 und 1960	32
IV. Ansichten zur Sterbehilfe in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts	34
V. Die Sterbehilfediskussion in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts	35
VI. Die Entwicklung der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts	44
VII. Die Entwicklung der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts	63
VIII. Das Sterbehilfegesetz vom 12.4.2001	81
D. DAS STERBEHILFEGESETZ	83
I. Gesetzgeberischer Zweck	83
II. Inhalt	84
III. Entstehungsgeschichte	121
IV. Die Haltung der niederländischen Kirchen zum Sterbe- hilfegesetz	146
V. Gefahr eines „Sterbehilfetourismus“ von Deutschland in die Niederlande?	148
VI. Vereinbarkeit des Sterbehilfegesetzes mit Grundrechten der niederländischen Verfassung	150
VII. Vereinbarkeit des Sterbehilfegesetzes mit Art. 2 EMRK	153
E. JÜNGSTE ENTWICKLUNGEN	191
I. Die Wiederaufnahme der Diskussion um die Pille des Drion... 191	

II.	Das Gutachten des Gesundheitsrates zur Demenz.....	192
III.	Die Entscheidung des <i>Ärztlichen Berufsgerichts Groningen</i> vom 19.3.2002	194
IV.	Der Fall <i>Brongersma</i>	196
V.	Der Fall <i>Muns</i>	200
VI.	Der Jahresbericht 2002 der Regionalen Kontrollkommissionen.....	201
VII.	Die Veröffentlichung der empirischen Studie von 2001/2002..	203
F.	ZUSAMMENFASSUNG	215
	Anhang	217
I.	Das niederländische Sterbehilfegesetz	217
II.	Formular für die Meldung von Sterbehilfefällen nach Art. 1 der Verordnung vom 6.3.2002	225
III.	Musterbericht des behandelnden Arztes an den gemeindlichen Leichenbeschauer laut Anhang zur Verordnung vom 6.3.2002.....	227
	Literaturverzeichnis.....	231

Inhaltsverzeichnis

Übersicht	1
Inhaltsverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis	10
A. EINLEITUNG	15
B. GRUNDLEGENDES	17
I. Begriffe	17
1. <i>Euthanasie</i> (Euthanasie)	17
2. <i>Levensbeëindiging zonder verzoek</i> (Lebensbeendigung ohne Verlangen)	19
3. <i>Staken of niet instellen van een behandeling op verzoek</i> (Abbruch oder Nichtaufnahme einer Behandlung auf Verlangen)	20
4. <i>Staken of niet instellen van een medisch zinloze</i> <i>behandeling</i> (Abbruch oder Nichtaufnahme einer medizinisch sinnlosen Behandlung)	21
5. <i>Pijnbestrijding</i> (Schmerzbekämpfung)	23
6. <i>Hulp bij zelfdoding</i> (Beihilfe zur Selbsttötung)	24
II. Niederländisches Strafrecht	24
1. Straftaten gegen das Leben	24
2. Ausschluss der Strafbarkeit	25
a) Allgemeine Strafausschließungsgründe	25
(1) Allgemeine geschriebene Strafaus- schließungsgründe	25
(2) Allgemeine ungeschriebene Strafaus- schließungsgründe	26
b) Besondere Strafausschließungsgründe	27
c) Absehen von Strafe	27
C. GESCHICHTE DER STERBEHILFE IN DEN NIEDERLANDEN	29
I. Entstehung der Art. 293 und 294 WvSr	29
1. Art. 293 WvSr (Tötung auf Verlangen)	29
2. Art. 294 WvSr (Beihilfe zur Selbsttötung)	30

3.	Zusammenfassung	31
II.	Ansichten zur Sterbehilfe zwischen 1880 und 1910	32
III.	Ansichten zur Sterbehilfe zwischen 1910 und 1960	32
IV.	Ansichten zur Sterbehilfe in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts.....	34
V.	Die Sterbehilfediskussion in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts.....	35
1.	Das Gutachten des Gesundheitsrats von 1972	35
2.	Das Leeuwardener Urteil vom 21.2.1973	37
3.	Die Bildung von Vereinigungen	38
4.	Der vorläufige Standpunkt des KNMG-Präsidiums von 1973 ..	40
5.	Der Bericht der KNMG-Arbeitsgruppe „Euthanasie“	42
6.	Das Gutachten des Gesundheitsrates von 1975	43
VI.	Die Entwicklung der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts	44
1.	Das Rotterdamer Urteil vom 1.12.1981	44
2.	Das Gutachten des Gesundheitsrates von 1982	45
3.	Der Gesetzesentwurf der Abgeordneten <i>Wessel-Tuinstra</i> von 1984.....	46
4.	Der Standpunkt des KNMG-Präsidiums zur Sterbehilfe von 1984.....	47
5.	Das erste Sterbehilfeurteil des <i>Hoge Raad</i> vom 27.11.1984... 50	
6.	Der Bericht der „Staatskommission Euthanasie“ von 1985	52
7.	Die Kritik von <i>Dessaur und Rutenfrans</i>	55
8.	Der geänderte Gesetzesentwurf der Abgeordneten <i>Wessel-Tuinstra</i> von 1986.....	57
9.	Der „Probeentwurf“ eines Gesetzes zur Sterbehilfe von 1986.....	58
10.	Das zweite Sterbehilfeurteil des <i>Hoge Raad</i> vom 21.10.1986	59
11.	Das weitere parlamentarische Geschehen in den achtziger Jahren	61
12.	Das Scheitern der Gesetzesentwürfe aus den acht- ziger Jahren.....	62
VII.	Die Entwicklung der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts	63
1.	Die Einführung des Meldeverfahrens	63
2.	Der Bericht der Rimmelink-Kommission von 1991	64

3.	Die Pille des Drion	65
4.	Die Berichte der Kommission zur Prüfung der Annehmbarkeit lebensbeendenden Handelns (KNMG)	66
	a) Schwergeschädigte Neugeborene (1990)	66
	b) Patienten in vegetativem Zustand (1991)	68
	c) Patienten mit Demenz (1993)	69
	d) Patienten mit psychischer Erkrankung (1993)	69
5.	Die gesetzliche Fixierung des Meldeverfahrens	70
	a) Änderung des Bestattungsgesetzes	70
	b) Kritik am Meldeverfahren	72
	c) Das Meldeverfahren als Beispiel für die niederländische Politik des <i>gedogen</i>	73
6.	Das dritte Sterbehilfeurteil des <i>Hoge Raad</i> vom 21.6.1994	73
7.	Weitere Urteile aus den 1990er Jahren	74
8.	Der Standpunkt des KNMG-Präsidiums von 1995	75
9.	Die Veröffentlichung der empirischen Studie von 1995/1996	76
10.	Das geänderte Meldeverfahren	78
11.	Der Gesetzesentwurf der drei Abgeordneten von 1998	80
12.	Die Ergänzung des Standpunktes des KNMG-Präsidiums von 1995	80
VIII. Das Sterbehilfegesetz vom 12.4.2001		81
D.	DAS STERBEHILFEGESETZ	83
I.	Gesetzgeberischer Zweck	83
II.	Inhalt	84
1.	Änderungen im Strafgesetzbuch (WvSr)	85
	a) Art. 293 WvSr	85
	b) Art. 294 WvSr	86
2.	Die Sorgfaltsanforderungen des Sterbehilfegesetzes	87
	a) Freiwillige und wohlüberlegte Bitte des Patienten	88
	b) Aussichtsloses und unerträgliches Leiden des Patienten	91
	c) Aufklärung des Patienten über seine Situation und Aussichten	94
	d) Nichtvorhandensein einer vernünftigen anderen Lösung	94
	e) Konsultation eines anderen unabhängigen Arztes	96
	f) Medizinisch sorgfältige Ausführung	99
3.	Die Meldung des Sterbehilfefalles	100
	a) Behördliches Prozedere im Todesfall	100
	b) Meldung des Sterbehilfefalles	101

4.	Die Prüfung des Sterbehilfefalles durch die Regionale Kontrollkommission	102
	a) Mitglieder der Kontrollkommission	103
	b) Arbeitsweise der Kontrollkommission	104
	c) Urteil der Kontrollkommission	106
	d) Kritik an den Kontrollkommissionen	107
5.	Die Aufgabe der Staatsanwaltschaft unter dem Sterbe- hilfegesetz	109
6.	Minderjährige	111
7.	Patientenverfügungen	113
8.	Recht auf Sterbehilfe?	116
9.	Ökonomische Gründe für das Ermöglichen von aktiver Sterbehilfe?	116
10.	Zusammenfassung	118
	a) Festschreibung des status quo oder weiterer Schritt?	118
	b) Erhöhung der Meldebereitschaft?	119

III. Entstehungsgeschichte 121

1.	Exkurs: Das niederländische Gesetzgebungsverfahren	121
	a) Initiativrecht	122
	b) Beratung des Gesetzesentwurfs in der Zweiten Kammer und Amendementsrecht	122
	c) Abstimmung in der Ersten Kammer	124
	d) Bekräftigung des Gesetzesentwurfs und Bekannt- gabe des Gesetzes	124
2.	Der Abgeordnetenentwurf	125
	a) Änderung des Strafgesetzbuches (WvSr)	125
	b) Änderung des Bestattungsgesetzes	127
	c) Zusammenfassung	127
	(1) Begründung des Abgeordnetenentwurfs	127
	(2) Vergleich mit dem in Kraft getretenen Sterbe- hilfegesetz	129
3.	Rücknahme des Abgeordnetenentwurfs und Übernahme durch die Regierung	130
4.	Das erste Gutachten des Staatsrats	131
5.	Der geänderte Regierungsentwurf	131
6.	Das zweite Gutachten des Staatsrats	132
7.	Der Bericht der ständigen Ausschüsse für Justiz und für Volksgesundheit, Gemeinwohl und Sport und die Antwort der Regierung	134
	a) Freiwillige und wohlüberlegte Bitte des Patienten	135
	b) Schriftliches Urteil des konsultierten Arztes	136
	c) Patientenverfügungen	136
	d) Sterbehilfe bei Minderjährigen	137

8.	Die Änderung des Gesetzesentwurfs durch die Regierung ...	139
9.	Der weitere Bericht der ständigen Ausschüsse für Justiz und für Volksgesundheit, Gemeinwohl und Sport und die erneute Antwort der Regierung	139
10.	Die Änderungsanträge verschiedener Abgeordneter	140
11.	Die Gesetzesberatung zwischen Ministern und ständigen Ausschüssen.....	140
12.	Die zweite Änderung des Gesetzesentwurfs durch die Regierung	141
13.	Die Beratung im Plenum	141
14.	Die Abstimmung über den Gesetzesentwurf in der Zweiten Kammer	142
15.	Der Brief des Ministerpräsidenten an die Zweite Kammer des Parlaments	142
16.	Die Berichte der ständigen Ausschüsse für Justiz und für Volksgesundheit, Gemeinwohl und Sport der Ersten Kammer und die Antworten der Regierung.....	143
17.	Die Abstimmung über den Gesetzesentwurf in der Ersten Kammer	144
18.	Die Kritik des UN-Menschenrechtsausschusses.....	144
19.	Das Inkrafttreten des Sterbehilfegesetzes	145
IV.	Die Haltung der niederländischen Kirchen zum Sterbehilfegesetz	146
1.	Die Stellungnahme der Niederländischen Römisch-Katholischen Bischofskonferenz vom Oktober 1999.....	146
2.	Die Erklärung einiger protestantischer Kirchen vom November 1999	146
V.	Gefahr eines „Sterbehilfetourismus“ von Deutschland in die Niederlande?.....	148
1.	Gutachten des Deutschen Notarinstituts.....	148
2.	Ärztliche Situation in den Niederlanden	150
VI.	Vereinbarkeit des Sterbehilfegesetzes mit Grundrechten der niederländischen Verfassung	150
1.	Art. 10 GW (allgemeines Persönlichkeitsrecht).....	151
2.	Art. 11 GW (Unantastbarkeit des Körpers)	151
3.	Normenkontrolle nach niederländischem Recht.....	152

VII. Vereinbarkeit des Sterbehilfegesetzes mit Art. 2 EMRK	153
1. Vereinbarkeit des Rechtfertigungsgrundes für aktive Sterbehilfe mit Art. 2 EMRK.....	154
a) Schutzbereich des Art. 2 EMRK	155
b) Recht auf den Tod als negative Freiheit	157
c) Verzichtbarkeit des Lebensrechts.....	158
d) Beeinträchtigung des Lebens nach Art. 2 Abs. 1 S. 2 EMRK	160
e) Staatliche Verpflichtung zum Schutz des Lebens	161
(1) Gestaltungsraum des nationalen Gesetzgebers und seine Grenzen	161
(2) Gefahrenprognose	167
(3) Gewährleistung eines effektiven Lebensschutzes	172
f) Kollision von Art. 2 EMRK mit anderen Konventionsrechten	174
(1) Art. 3 EMRK	174
(2) Art. 8 EMRK	179
(a) Eingriff in den Schutzbereich.....	179
(b) Rechtfertigung	181
(3) Art. 9 EMRK	187
(4) Art. 14 EMRK	187
g) Zusammenfassung	188
2. Vereinbarkeit des Rechtfertigungsgrundes für Beihilfe zur Selbsttötung mit Art. 2 EMRK.....	189
E. JÜNGSTE ENTWICKLUNGEN.....	191
I. Die Wiederaufnahme der Diskussion um die Pille des Drion ..	191
II. Das Gutachten des Gesundheitsrates zur Demenz.....	192
1. Beihilfe zur Selbsttötung bei Patienten mit beginnender Demenz	193
2. Aktive Sterbehilfe bei Patienten mit fortgeschrittener Demenz aufgrund einer Patientenverfügung.....	194
III. Die Entscheidung des <i>Ärztlichen Berufsgerichts Groningen</i> vom 19.3.2002	194
IV. Der Fall <i>Brongersma</i>	196
V. Der Fall <i>Muns</i>.....	200

VI. Der Jahresbericht 2002 der Regionalen Kontrollkommissionen	201
VII. Die Veröffentlichung der empirischen Studie von 2001/2002 ..	203
F. ZUSAMMENFASSUNG	215
Anhang.....	217
I. Das niederländische Sterbehilfegesetz.....	217
II. Formular für die Meldung von Sterbehilfefällen nach Art. 1 der Verordnung vom 6.3.2002.....	225
III. Musterbericht des behandelnden Arztes an den gemeindlichen Leichenbeschauer laut Anhang zur Verordnung vom 6.3.2002	227
Literaturverzeichnis	231

Abkürzungsverzeichnis

a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
Art.	Artikel
Bd.	Band
BestattungsgG	Bestattungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BnotO	Bundesnotarordnung
BverfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BW	Burgerlijk Wetboek
bzw.	beziehungsweise
CAL	Commissie Aanvaardbaarheid Levensbeëindigend handelen
CDA	Christen-Democratisch Appel (Christlich-Demokratischer Appell; niederländische Partei)
CEDH	Convention Européenne des Droits de l'Homme
D'66	Democraten 1966 (Demokraten 1966; niederländische Partei)
DD	Delikt en Delinkwent
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts
DR	European Commission of Human Rights, Decisions and Reports
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ECHR	European Convention on Human Rights
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EK	Eerste Kamer
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
ELR-HRS	European Law Review – Human Rights Survey

EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
f.	folgende
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GPV	Gereformeerde Politiek Verbond (Reformierter Politischer Bund; niederländische Partei, mittlerweile in der Christen-Unie aufgegangen)
GW	Grondwet (Grundgesetz, niederländische Verfassung)
hfl.	niederländische Gulden
HRLJ	Human Rights Law Journal
Hrsg.	Herausgeber
insb.	insbesondere
i.S.d.	im Sinne des/der
i.V.m.	in Verbindung mit
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen-Zeitung
KNMG	Koninklijke Nederlandsche Maatschappij tot Bevordering der Geneeskunst
MC	Medisch Contact
MedR	Zeitschrift für Medizinrecht
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NAV	Nederlands Artsenverbond
NEJM	The New England Journal of Medicine
NJ	Nederlandse Jurisprudentie
NJB	Nederlands Juristenblad

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NTvG	Nederlands Tijdschrift voor Geneeskunde
NVVE	Nederlandse Vereniging voor Vrijwillige Euthanasie
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
PvdA	Partij van de Arbeid (Partei der Arbeit; niederländische Partei)
PVH	Pro Vita Humana
Reports	European Court of Human Rights, Reports of Judgments and Decisions
Rn.	Randnummer
RPF	Reformatorisch Politieke Federatie (Reformatorisch Politische Föderation; niederländische Partei, mittlerweile in der ChristenUnie aufgegangen)
RvO I	Reglement van Orde van de Eerste Kamer
RvO II	Reglement van Orde van de Tweede Kamer
S.	Seite
SCEA	Steun en Consultatie bij Euthanasie in Amsterdam (Unterstützung und Beratung bei Sterbehilfe in Amsterdam)
SCEN	Steun en Consultatie bij Euthanasie in Nederland (Unterstützung und Beratung bei Sterbehilfe in den Niederlanden)
Serie A	Publications of the European Court of Human Rights, Series A: Judgments and Decisions
SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij (Staatkundlich Reformierte Partei; niederländische Partei)
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
sog.	sogenannte(r/s)
SoW	Samen op Weg (Zusammenschluss einiger protestantischer Kirchen in den Niederlanden)
SP	Socialistische Partij (Sozialistische Partei; niederländische Partei)
SterbehilfeG	Sterbehilfegesetz (= Gesetz über die Prüfung von Lebensbeendigung auf Verlangen und Beihilfe zur Selbsttötung)
StGB	Strafgesetzbuch
SVE	Stichting voor Vrijwillige Euthanasie

TK	Tweede Kamer
TvGR	Tijdschrift voor Gezondheidsrecht
u.a.	und andere; unter anderem
Übers.	Übersetzung
v.a.	vor allem
Verf.	Verfasserin
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (Volkspartei für Freiheit und Demokratie; niederländische Partei)
VWS	Volksgesondheid, Welzijn en Sport (Volksgesundheit, Gemeinwohl und Sport; niederländisches Ministerium)
Wet RvS	Wet op de Raad van State
WvSr	Wetboek van Strafrecht
WvSv	Wetboek van Strafvordering
Yearbook	Yearbook of the European Convention on Human Rights
z.B.	zum Beispiel
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht
Ziff.	Ziffer
ZP	Zusatzprotokoll
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

„Wir können einen Menschen nicht aus unserer Gemeinschaft entlassen, indem wir ihn töten. Das ist gegen das Gebot Gottes und widerspricht einer human gestalteten Gesellschaft.“

Präses Kock (Ratsvorsitzender der EKD) und Kardinal Lehmann (Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz) anlässlich der „Woche für das Leben“ 2001.

„Für mich ist das Gesetz ein Ausdruck des Mitgefühls, das einer zivilisierten Gesellschaft nicht schlecht ansteht.“

Benk Korthals (niederländischer Justizminister) in der F.A.Z. vom 14. Juli 2001.